



Förderprogramm

„Sportplatz Kommune 2.0“ neu aufgelegt

Mehr Bewegung für alle: Förderprogramm geht in die nächste Runde. Die Landesregierung startet mit dem Förderprogramm „Sportplatz Kommune 2.0“ in eine neue Antragsphase – und setzt damit ein starkes Signal für die Weiterentwicklung des Sports vor Ort. Das Vorgängerprogramm hat bereits gezeigt, was durch gute Zusammenarbeit möglich ist: Zwischen 2019 und 2022 wurden in 135 Kommunen rund 150 Projekte umgesetzt. In Netzwerken aus Sportvereinen, Kommunalverwaltungen sowie Kitas und Schulen ist es gelungen, insbesondere den Kinder- und Jugendsport nachhaltig zu stärken.

Daran knüpfen wir jetzt an. Mit „Sportplatz Kommune 2.0“ wird die kommunale Sportentwicklung als gemeinsame Aufgabe weitergeführt. Der Landesregierung ist dabei wichtig, dass sich Kommunen, Sportanbieter und weitere Akteure vor Ort noch stärker vernetzen, um passgenaue Angebote zu entwickeln und langfristige Strukturen aufzubauen. Neu ist, dass der Kreis der Zielgruppen erweitert wurde: Neben Kindern und Jugendlichen stehen nun auch ältere Menschen sowie vulnerable Gruppen im Fokus. Ziel ist es, mehr Menschen den Zugang zu Bewegung und Sport zu ermöglichen – unabhängig von ihrer jeweiligen Lebenssituation.

Gefördert werden sowohl der Aufbau regionaler Netzwerke als auch konkrete Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote. Auch Schwimmangebote können unterstützt werden, einschließlich der Ausbildung und des Einsatzes von Trainerinnen, Trainern und Assistenzkräften. Insgesamt stehen dafür 1,8 Millionen Euro zur Verfügung. Der Förderzeitraum läuft vom 1. Juli 2026 bis zum 31. Dezember 2027. Anträge können noch bis zum 31. Mai 2026 gestellt werden.

Ich kann alle, die sich vor Ort engagieren, nur ermutigen, diese Chance zu nutzen. Gute Ideen verdienen Unterstützung – und genau die bietet dieses Programm. Weitere Informationen zur Antragstellung gibt es hier:

<https://www.sportjugend.nrw/unsere-themen/sportplatz-kommune-20>

Inklusion fördern, Barrieren abbauen: Inklusionsscheck startet erneut

2.000 Euro für gute Ideen. Mit dem „Inklusionsscheck NRW“ setzt die Landesregierung auch 2026 ein wichtiges Zeichen für mehr Teilhabe und ein starkes Miteinander in unserer Gesellschaft.

Das Programm unterstützt Vereine, Initiativen und Organisationen dabei, inklusive Projekte umzusetzen – ganz konkret und unbürokratisch mit jeweils 2.000 Euro pro Vorhaben. Insgesamt stehen jährlich 500.000 Euro zur Verfügung, um Ideen zu fördern, die Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenbringen. Wie groß der Bedarf und das Engagement vor Ort sind, hat das vergangene Jahr deutlich gezeigt: 2025 wurden mehr als 400 Projekte gefördert – so viele wie noch nie seit Einführung des Programms. Von inklusiven Freizeitangeboten über Sportprojekte bis hin zu barrierefreien Bildungsformaten sind viele kreative und wertvolle Initiativen entstanden.

Auch in diesem Jahr geht es darum, Barrieren abzubauen und Begegnungen zu schaffen. Gefördert werden beispielsweise Maßnahmen zur besseren Barrierefreiheit, Anschaffungen, inklusive Veranstaltungen oder auch personelle Unterstützung für barrierefreie Kommunikation. Entscheidend ist, dass die Projekte möglichst vielen Menschen zugutekommen und die Inklusion vor Ort stärken. Anträge können ab sofort unkompliziert online gestellt werden. Wichtig ist, dass die Projekte in Nordrhein-Westfalen stattfinden und noch im selben Jahr umgesetzt werden.

Alle Informationen rund um das Programm sowie die Antragstellung findet man online unter: www.inklusionsscheck.nrw.de



10 Milliarden für unsere Kommunen: NRW startet digitales Förderverfahren

Kommunen können seit dem 15. April 2026 Gelder abrufen. Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur setzt die Landesregierung ein starkes Zeichen für die Zukunft unserer Städte und Gemeinden. Seit Ende 2025 ist das entsprechende Gesetz in Kraft – jetzt folgt der nächste wichtige Schritt: Seit dem 15. April 2026 können Kommunen erstmals vollständig digital auf die bereitgestellten Mittel zugreifen. Insgesamt stehen 10 Milliarden Euro für Investitionen in die kommunale Infrastruktur zur Verfügung – so viel wie noch nie in der Geschichte des Landes. Die Abwicklung erfolgt über das neue Förderportal „Nordrhein-Westfalen fördert“ und ist vollständig digital organisiert. Das bedeutet: ein modernes, medienbruchfreies Verfahren, das die Antragstellung deutlich vereinfacht und beschleunigt.

Ein klarer Schwerpunkt liegt auf Bildung und Betreuung. Allein 5 Milliarden Euro sind für Investitionen in Kitas, Schulen und den Ganztagsunterricht vorgesehen. Weitere Mittel fließen unter anderem in die Sanierung kommunaler Gebäude, in Klimaschutzmaßnahmen sowie in den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Sport und öffentlicher Sicherheit. Die Kommunen entscheiden dabei eigenständig, welche Projekte sie umsetzen. Das schafft die nötige Flexibilität, um vor Ort gezielt auf konkrete Bedarfe reagieren zu können. Auch freie Träger – etwa Vereine oder Hilfsorganisationen – können von den Investitionen profitieren. Die digitale Antragsstrecke ermöglicht es, Projekte strukturiert zu erfassen und Fördermittel je nach Fortschritt abzurufen. Begleitend stellt das Land umfassende Informationen und Unterstützung zur Verfügung, um den Einstieg in das Verfahren so einfach wie möglich zu machen. Von der Antragstellung bis zur Auszahlung wird es in der Regel 14 Tage dauern.

Der Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur ist damit ein zentraler Baustein für eine moderne, leistungsfähige und zukunftssichere Infrastruktur in unserem Land – und eine große Chance für unsere Kommunen, wichtige Projekte voranzubringen.

Schulen stärken, Chancen schaffen

Mit dem 19. Schulrechtsänderungsgesetz, das das Schulministerium nun vorgelegt hat, bringen wir in Nordrhein-Westfalen wichtige Verbesserungen für unsere Schulen auf den Weg. Ich bin der Meinung: Schule muss ein Ort sein, an dem Kinder gut lernen können, sich sicher fühlen und ihre Zukunft gestalten können. Demokratie beginnt schon bei den Jüngsten. Deshalb stärken wir die Mitbestimmung bereits in den Grundschulen. Künftig wird es an allen Grundschulen ein altersgerechtes Beteiligungsgremium geben. So entwickeln Kinder früh die Fähigkeit, ihre Meinung einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und demokratische Abläufe kennenzulernen. Das ist ein wichtiger Beitrag für ein gutes Miteinander – und auch gegen Extremismus.

Genauso wichtig ist es, dass Schulen im Alltag handlungsfähig sind. Wenn es zu Gewalt, Störungen oder Bedrohungen kommt, müssen Lehrkräfte und Schulleitungen schnell reagieren können. Genau dafür schaffen wir klarere Regeln und mehr Sicherheit. In akuten Situationen sollen Schulleitungen künftig beispielsweise schneller entscheiden können, Schülerinnen oder Schüler vorübergehend vom Unterricht auszuschließen. Das schützt die Schulgemeinschaft und sorgt für mehr Ruhe im Schulalltag. Außerdem stärken wir das Schulangebot vor Ort – gerade auch im ländlichen Raum. Viele Haupt- und Realschulen nehmen Schülerinnen und Schüler erst nach der Erprobungsstufe auf. Das berücksichtigen wir künftig stärker bei der Frage, ob ein Standort bestehen bleiben kann. So sichern wir Schulstandorte und kurze Wege für Familien.

Für mich ist klar: Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen. Mit diesen Änderungen machen wir unsere Schulen ein Stück stärker, gerechter und zukunftsfester.